

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 55.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 200.

Erste Ausgabe

Sonnabend, 2. Februar 1907.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 153; Redaktion Telefon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. 5. Schließung: Dr. Walter Gehlen in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Delfauerstraße 14. Telefon-Amt VI a Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Abonnements

Gesellschaftliche Zeitung

werden fortwährend von allen Bohanhalten und Briefträgern, sowie in Halle a. S. bei der Expedition, Große Brauhausstraße 30 (Sternstrassen-Passage), entgegengenommen. Abonnementspreis für beide Monate bei den Postanstalten Mf. 2.—, für Halle und die Vororte Mf. 1.70. Inserate jederzeit finden durch die Gesellschaftliche Zeitung weiteste und vorteilhafteste Verbreitung. Halle a. S., im Februar 1907.

Expedition der Gesellschaftlichen Zeitung.

Zu den Reichstagswahlen.

Die Sozialdemokratie als Schlepptier des Zentrums. Der „Vorwärts“ widerpricht mit feiner Silbe der Mitteilung aus München, daß der sozialdemokratische Aktions-Ausschuß beschließen habe, sich sofort mit dem Zentrum in Verbindung zu setzen, damit dieser für die Stichwahl ein Bündnis mit dem Zentrum zustande bringe! So betreibt die Partei um Herrschaftsgründe, nachdem sie wochenlang sich als fidesvoller Gegner des Zentrums gebildet hat. Die Arbeiterkraft in ganz Mittel- und Norddeutschland wird hier von gebührender Kenntnis nehmen. Vor allem aber dürfte den Wählern in den reichlichen Sachsen dieser sozialdemokratische Verrat in die Augen fallen. Das Dresdener Sozialistenblatt wolle noch am 28. vorigen Monats der Wählerliste entnehmen, daß der Kampf der Nationalliberalen gegen die Schwärzen nur eine Finte war.“ Offenbar hatte diese Behauptung, deren Sinnlosigkeit wirklich an die Sterne reicht, den Zweck, beweisend zu wirken, wenn die Sozialdemokratie als Schlepptier des Zentrums entlarvt würde — wie es jetzt geschehen ist.

Und der freisinnigen in der Provinz Sachsen, so vor allem im Wahlkreis Mecklenburg, dürfte sich nicht aus der sozialistischen Verbrüderung keine definitiven Schlüsse ziehen. Wer in der Stichwahl nicht für den bürgerlichen Kandidaten, — sei er konservativ oder liberal — eintritt, der hilft damit den Verbindenden des Zentrums!!!

Sicht deutsche Linien.

Nach ist der Sieg nicht gewonnen und schon beginnen nach echt deutscher Manier die Weisen einzelner Berliner Freisinnigen sich den Kopf zu zerbrechen über die möglicherweise schädlichen Folgen eines vollständigen Sieges über die Sozialdemokraten. Anstatt sich des Sieges zu freuen und ihn mit vereinten Kräften zu verfestigen, erheben törichte Reflexionen, welche womöglich die Abicht haben, die kaum gewonnene Einheit der Aktion zu lösen. Glücklicherweise sind die Wähler im Lande klüger und unabhängiger von den Beratern, als diese annehmen. Ueberall findet, kommt zu übersehen ist, eine weitere Fiktion der Parteien ad hoc statt gegen die Sozialdemokratie. Es kann doch im Ernst unmöglich darüber ein Zweifel sein, daß jeder vernünftige patriotisch gesinnte Mann eher für ein Vertrauensmännchen zu stimmen hat als für einen Sozialisten. Vor allem aber ist es klar, daß es die heiligste Pflicht aus des freisinnigen Wählers ist, in der Stichwahl zwischen einem konservativen und einem Sozialdemokraten für den ersteren seine Stimme abzugeben! Gerade hier kann der Freisinn beweisen, daß er Deutschland über alles liebt.

Die Deutsche Mittelstandsvereinigung

hat an ihre Mitglieder folgende Wahlparole für die Stichwahlen ausgesprochen: „Die Mittelstandsstimmen werden auch bei diesen Stichwahlen den Ausschlag geben. Darum ist abzugeben, auf welche Seite wir treten. Für uns gilt als Hauptregel: Mit der Sozialdemokratie, die das gesamte wirtschaftliche und kulturelle Leben mit dem Untergang bedroht, haben wir in keinem Falle einen Schritt zu tun. Mit der Sozialdemokratie, die uns das Zentrum fortzuziehen will, ist der Kampf bis aufs Messer zu führen. Zu den übrigen Parteien stellen wir uns, wie sie sich zu uns stellen! Mit Bedauern ist wahrzunehmen und wird schon oft in den Blättern ausgegeben, daß unsere alten Feinde, die im Zentrum und Rechts, mit der Sozialdemokratie in Stichwahlen gemeinsame Sache machen wollen. Bewußtlich ist das, dann haben wir auch von ihnen prinzipiell abzurufen.“ Der Vorstand der Deutschen Mittelstandsvereinigung. S. A. C. A. H. A. H. A. H.

Hungerlöhne und Verelendung. Unter diesem Titel schreibt die Nord. Allg. Sta.: Wir haben kürzlich aus dem Gemeindefinanzblatt der Zimmerei eine Darlegung der Lohnverhältnisse dieses großen Gewerkszweiges wiedergegeben, in der nachgewiesen wurde, daß die Löhne sehr wesentlich geunken seien. Weit bemerkenswerter noch als jene Mitteilung aber ist ein Verzeichnis der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“, die sich in einem Artikel über die Ursachen der sozialdemokratischen Niederlage also vernehmen läßt:

„Zu den wichtigsten Ursachen, die einen der vereinigten Arbeiter im jüngsten Wahlausfall herbeiführen, gehört der wirtschaftliche Aufschwung. Seit ungefähr zwei Jahren geht es auf dem Weltmarkt in Bezug auf Getreide zu und nicht nur in Deutschland, in England, Frankreich, Belgien, Amerika, allenthalben die intensive industrielle Tätigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt verhältnismäßig ab, die Löhne nehmen verhältnismäßig zu. Die neuen Steuern, die Wucht des alles vertreibenden Zolltarifs wurden zwar herbeigeholt, aber nicht mit jener Gewalt, die nötig ist, um den indifferenten Wähler von sozialdemokratischen Stimmgeldern in die Hand zu drücken. In einer solchen Situation hätte nur der sozialdemokratische, der wirklich überzeugter Parteigenosse ist. Es gibt kein sicheres Mittel, um die Wähler vom Hofe zu schaffen, als ein wirtschaftlicher Aufschwung.“

Diese Anschauung verdient in doppelter Hinsicht Beachtung. Erstlich geht daraus hervor, daß die auf einen durchaus entgegengesetzten Ton geklingelten Vorkommnisse der Sozialdemokratie vor den Wahlen nichts gewesen sind als eine Täuschung; zum zweiten enthält das Verzeichnis des Wahlergebnisses das Zeugnis, daß nicht die sogenannten Ideale und Ziele der Partei ihr die Wähler zugeführt haben, sondern die mit allen Mitteln der Verführung und Verheißung geschürte Unzufriedenheit. Herr Singer hat aber im November 1903 in Halle schon richtig argumentiert, wenn er sich gegen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeiter mit dem Vermerk aufhebt, daß die Verrücktheit der Arbeiter Zufriedenheit erzeuge, zufriedene Arbeiter aber für die Sozialdemokratie nicht zu haben seien. Fürwahr ein herrliches Ziel, die emporschiebende Entwicklung der Arbeiterkraft niederzuhalten, um sie der Partei, die nichts zu bieten hat als Haß und Meid, gefällig zu machen!

Bebel über das Wahlergebnis.

Der Berliner Reichstagsabgeordnete des sozialdemokratischen Stützpunktes „Vorwärts“ hat, um die Stimmung, die in der Sozialdemokratie herrscht, zu erörtern, sich auf Bebel gelehrt. Aus dem Bebel über dieses gewaltige Unternehmen sei folgendes hervorgehoben:

„Auf die Frage: Wie erklären Sie sich gegenwärtig Ihren Äußerungen?“, bemerkte Bebel, dessen Augen so feurig blühten wie die eines Jünglings: „Dafür gibt es verschiedene Ursachen. Zunächst tadelt die nationale Partei die nationalen Lebensverhältnisse an. Die Möglichkeiten werden nur auf dem Boden der nationalen Partei und auf dem Boden der nationalen Partei gefunden. Eine ganze Menge von Arbeitern und Bauerngelehrten glauben, sie können das Vaterland retten. Sodann sind durch die gewerkschaftlichen Kämpfe, die immer härter werden, auch kleinere Arbeiter verärgert worden. Selbst Meister, die früher Sozialdemokraten waren, sind jetzt gegen uns. Der Klassenkampf wächst. Auf dem Lande hat uns unser Kampf gegen die Agrarkultur geschadet. Selbst wenn der Arbeiter nur ein paar Wochen weniger verdient, so muß er dafür einen halben Preis haben. Endlich war auch der beständige Druck desmal härter als sonst. Kamentlich ist sehr bedauerlich, daß auch die Referat diesmal so gegen die Sozialdemokratie gewirkt hätten. Das sei man bisher nur von den Behörden und Behörden gewohnt gewesen. Den kleinen Beamten hat man aber jetzt weiß was verprochen. Im Kreise Gotha hat man allen Arbeitern 50 Mark Zulage versprochen.“ Dieses Äußerungen ist sehr wertvoll. Bebel gibt darin zu, daß die ganze verlorene Taktik der Sozialdemokratie zusammengebrochen ist. Die demagogischen Aitationsmittel, besonders das Reichstagsreferat, das Schlagwort von den „Jungensverhältnissen“ u. a. haben veriaht; dagegen hat die gewerkschaftlich-sozialdemokratische Klassenbege eine gerechte Erbitterung erzeugt, die nun die Sozialdemokratie spüren muß. Demgemäß hat auch Ed. Bernstein demselben „Vorwärts“ erklärt, die Sozialdemokratie müsse ihre Taktik ändern. Wenn sie das nur könnte!

Der größte Wahlkreis Deutschlands.

Der Kreis Teichow in Mecklenburg-Strelitz hat sich für die Stichwahlen entschieden. Der größte Wahlkreis Deutschlands hat sich für die Stichwahlen entschieden. Der Kreis Teichow in Mecklenburg-Strelitz hat sich für die Stichwahlen entschieden. Der größte Wahlkreis Deutschlands hat sich für die Stichwahlen entschieden.

Noch etwas von der Partei der Nichtwähler. Wie in Berlin über 111 000 Wähler am 25. Januar ihr Wahlrecht nicht ausübten, so blieben in München

über 44 000 Wähler der Wahlurne fern. Gering ist, diese Zahlen heranzuziehen, so kann in beiden München die Wahlereize der Sozialdemokratie verdrängt werden. In München I bedarf es nur noch 4000 Stimmen, um die Wahl des nationalliberalen Kandidaten zu sichern. In München II blieben am 25. Januar nicht weniger als rund 34 720 Wähler zu Hause!

Die Anarchosozialisten sollen angeblich fast insgesamt den Wahlen ferngeblieben sein, wie das der Anweisung ihres Führers Dr. Friedberg entsprach. Nach den Stichwahlen soll nun in Berlin die große Abrechnung mit den Anarchosozialisten stattfinden. Sie sollen insgesamt mit ihrem Führer aus den politischen Organisationen ausgeschlossen werden. Die Anarchisten und die Anarchosozialisten behaupten, sie wären im Besitz von sehr interessantem Material, dessen Veröffentlichung etlichen sozialistischen Führern doch böse Stunden bereiten würde. Nach den Wahlen wird also in Berlin recht viel schmutzige Wäsche gewaschen werden.

Ein Aufruf an die Arbeiter Leipzigs, der mit einer Abonnements-Aufforderung schließt, erlöst die „Leipz. Volksztg.“ Welche Töne das sozialdemokratische Blatt jetzt schon wieder anschlägt, ergibt sich aus folgendem Satze: „Wenn wir arbeiten, wenn wir unsere Kräfte verdoppeln, werden wir in der Lage sein, bei den nächsten Reichstagswahlen die jetzt so übermächtigen Siegerstimmen mit gebrochenen Knochen im Grab.“

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 1. Februar.

Der Bundesrat

wird sich, sobald der Zeitpunkt der Einberufung des neuen Reichstages feststeht, mit der Fertigstellung des dem letzteren zu unterbreitenden gesetzgeberischen Materials befassen. Es wird sich dabei naturgemäß in der Hauptfrage um die Wiederbringung von im alten Reichstage nicht erledigten Entwürfen handeln. Indessen werden diese Entwürfe, soweit sie mit Rücksicht auf die dem Reichstage zur Verfügung stehende Beratungszeit überhaupt jetzt wieder herorgeholt werden, nicht alle in gleicher Fassung unterbreitet werden, wie sie die ursprünglich vom Bundesrat angefertigten Vorlagen ausfielen. Es werden vielmehr bei der neuen Auffassung die im alten Reichstage geflossenen Verhandlungen und gefassten Beschlüsse berücksichtigt werden. Die darauf gerichteten Vorarbeiten sind gegenwärtig bereits in den verschiedenen Reichsreferats im Gange, jedoch die Einberufung des Bundesrates nicht allzuweit fort in Anspruch zu nehmen brauchen wird. Ob der Bundesrat auch noch bedeutungsvolle Vorlagen dem Reichstage unterbreiten wird, wird hauptsächlich von dem Fortschreiten der Arbeiten des letzteren zur Fertigstellung der unbedingt nötigen Gesetzentwürfe abhängen. Im Bundesrat finden ja schon jetzt längerer Zeit einige neue, außerordentlich wertvolle Entwürfe, u. a. das Viehhundengesetz. Auch diese gesetzgeberischen Aktionen möglichst bald zu Ende zu führen, wäre durchaus zweckmäßig. Ob es aber mit Rücksicht auf die Geschäftsdiskussionen des neuen Reichstages angebracht, ja überhaupt möglich sein wird, wird sich erst später zeigen. Nebenfalls wird der Bundesrat bei der Auswahl der dem neuen Reichstage vorzuliegenden Entwürfe auf die diesen zur Verfügung stehende Beratungszeit die möglichste Rücksicht nehmen.

Für die Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die am 11. Februar, nachmittags 12 1/2 Uhr im Circus-Buch in Berlin abgehalten wird, lautet die Tagesordnung: 1. Eröffnung durch den Vorsitzenden des Bundes, F. H. v. Wangenheim-Al. Bielefeld. 2. Aufnahme des Vorsitzenden des Bundes, Dr. Koesfeldt-Goersdorf. 3. Bericht der vom Bundesausausschuss gewählten Kommissionen: a) Geschäftsbericht für 1906, erlassen vom Direktor des Bundes, Dr. Diederichs-Sahn, M. d. A.; b) Sachliche Referate: a) Heimatspolitik und Nationalpolitik. Referent: Rittergutsbesitzer von Oldenburg-Janshagen, Vorsitzender des Bundes für Westpreußen. b) Die endgültige Regelung der deutschen Handelsbeziehungen zum Ausland. Referent: Chefredakteur Dr. Dertel-Berlin. 6. Diskussion. 7. Anträge aus der Beratsammlung.

Schmidt contra Noeren. Herr Geo. A. Schmidt — Berlin W. 50, Augustenstraße 32 — schreibt den D. N. N.: In der Streitsache Noeren contra Schmidt ist durch die Freie die Nachricht gegangen, daß die von dem Reichstagsabgeordneten Noeren gegen den Reichstagsmännchen A. D. Geo. A. Schmidt angehängt am 28. Dezember 1906 eingereichte Klage bis jetzt in Berlin nicht hätte eingereicht werden können. Hierzu erklärt Herr Geo. A. Schmidt, daß seine Klage nicht in vielen Zeitungen veröffentlicht, „offenen Reich“ an den Herrn Justizminister angegeben war. Herr Noeren ist sehr leicht und schnell auf dem Nationalamt, ebenso bei dem Reichsstaatssekretär des Herrn Geo. A. Schmidt, Herrn Reichsanwalt Wrededer in Berlin, der wiederholt über diese Angelegenheit mit Herrn Noeren korrespondiert hat, zu erfahren gewesen. Endlich ist Herr Noeren

